

Strategische Spekulation

Autor(en): **Frey, O.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **133 (1967)**

Heft 3

PDF erstellt am: **30.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-43737>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

nach wie vor in einer mehr oder weniger affektgeladenen Atmosphäre vollzieht, ist eine Tatsache, die einem fast täglich aus der Presse entgegenspringt. Diese Situation ist nicht nur eine Folge der Verknappung des Bodens, sondern auch durch den Umstand bedingt, daß jede Regelung des Verfügungsrechts über den Boden die Crux jeder sozialen Ordnung schlechthin darstellt. Andererseits aber ist evident, daß der Staat gerade wegen dieser Problematik, die noch durch die fast unübersichtliche und kaum mani-

pulierbare Kompartimentierung des Raumes verschärft wird, besonderer Institutionen bedarf, um bei dieser Ausmarchung überhaupt mit Erfolg als Partner auftreten zu können. Die Armee ihrerseits muß durch gezielte Maßnahmen die grundsätzliche Bejahung der Landesverteidigung seitens der Wehrpflichtigen in eine konkrete Unterstützung aller Bestrebungen zur Gewinnung der dringend nötigen Ausbildungsplätze umzusetzen suchen. Darum ging es im erwähnten Artikel.

Strategische Spekulationen

Von Hptm. O. Frey

Zur gleichen Zeit, da der Bundesrat dem Parlament die Antwort auf die Motion Bringolf betreffend Konzeption der Landesverteidigung vorlegte, erschien im Verlag Huber, Frauenfeld, das Buch «Strategie des Kleinstaates» von Dr. Gustav Däniker¹. Die vordergründige Zielsetzung des Buches ist nach der ersten Lektüre klar: Der Verfasser möchte die Atomwaffendiskussion wieder in Gang bringen. Bis heute mag es für den Autor des Buches eine Enttäuschung sein, daß er sein Ziel auf oberster Stufe nicht erreicht hat. Verschiedene Mitglieder der Landesverteidigungskommission, die sich zum Teil direkt in die Diskussion über das Buch einschalten ließen, gaben unmißverständlich zum Ausdruck, daß nach ihrer Auffassung diese Diskussion heute *unzeitgemäß* ist. Bundesrat und wohl auch die meisten Parlamentarier sind dieser Auffassung. Soweit festzustellen ist, besteht in der breiten Öffentlichkeit kein Interesse daran, sich mit Atomwaffenfragen zu beschäftigen. Man verläßt sich auf das, was der Bundesrat in seinem Bericht geschrieben hat. Wir lesen dort, daß der Bundesrat und die Armeeführung den ganzen Fragenkomplex weiterhin aufmerksam verfolgen.

Dies alles spricht an sich noch nicht *gegen* die Ambitionen des Verfassers. Sind seine Thesen jene des Propheten, der im eigenen Land nichts wert ist? Der vielleicht ersten Enttäuschung des Verfassers darüber, daß die Aussprache nicht in Gang kommen will, folgte in der Zwischenzeit eine zweite: Nicht nur wird die Diskussion im Grunde genommen abgelehnt, sondern auch die theoretischen Erörterungen zur Sache finden selten Anklang. Zur Zielsetzung des Publizisten darf doch wohl trotzdem folgendes gesagt werden: Alles, was in unserem Staat dazu beiträgt, Gegenwart und Zukunft von irgendeinem Gesichtspunkt aus mit was für einer Argumentation auch immer zu meistern, verdient Anerkennung, solange das ernsthafte und subjektiv positive Anliegen des Vortragenden außer Zweifel steht. Neuartige Thesen sollen in einer liberalen Gesellschaft willkommen sein; sie schärfen die politische – im weitesten Sinne – Urteilsfähigkeit auch dann, wenn man den vorgelegten Argumenten nicht zu folgen vermag.

Das Anliegen des Autors

Die Hauptthesen des Verfassers sind einfach; ihrer Untermauerung werden über zweihundert Seiten gewidmet: Der unabhängige Kleinstaat soll zugunsten seiner Selbstbehauptung den Griff nach der Atomwaffe wagen. Nicht nur rein militärische Aspekte, sondern auch allgemein außenpolitische Gründe zwingen ihn, nach Däniker, dazu. Dabei müsse es sich um eine Atomwaffe handeln, die im Sinne größtmöglicher Vergeltung wirken könne. Ein *großes* Kaliber, transportiert mit einem Waffensystem,

¹ Vergleiche Buchbesprechung in ASMZ Nr. 9/1966, S. 557, sowie den Vorabdruck des Kapitels «Kleinstaatliche Abschreckung» in ASMZ Nr. 9/1966, S. 521.

das *tief* in Feindesland einzudringen vermöge. Mit einer solchen Waffe könnte der Kleinstaat in der Situation der *atomaren Erpressung* positiv reagieren, den Erpresser wesentlich schädigen und damit die Kriegsgefahr für unser Land beträchtlich herabsetzen. Auf den Seiten 65/66 lesen wir dazu folgendes:

«An Stelle der Verteidigung – das heißt der auf die Dämpfung der Siegeshoffnung des Angreifers ausgerichteten Abschreckung – tritt die gegenseitige Abschreckung auf höherer nuklearer Ebene, gegründet auf den Gedanken der Vergeltung. Sie stützt sich auf die Fähigkeit, dem andern einen Schaden zuzufügen, der für diesen nicht mehr tragbar ist, um ihn dadurch vom Angriff abzuhalten. Es ist klar, daß die Vergeltungsdrohung nur dann wirksam ist, wenn diese auch nach einem ersten Schlag des andern durchgeführt werden kann.»

Der Kleinstaat, so meint der Verfasser, muß sich die Möglichkeit zur Vergeltung verschaffen als wesentliches Attribut nationaler Selbstbehauptung. Diese Thesen schwächen, auch nach Auffassung des Autors, den Wert der *konventionellen Rüstung* nicht direkt ab. Nur gibt er zu bedenken, daß sie in der Situation der atomaren Erpressung praktisch wertlos sei, weil sie ihre Funktion: Schutz der Bevölkerung und Schutz des Territoriums, nicht mehr gewährleisten könnte. Jedoch: Auch dann, wenn der Angreifer nur mit konventioneller Rüstung antreten werde, eine Möglichkeit, die der Verfasser in seine Betrachtungen mit einbezieht, hänge das Damoklesschwert über dem nichtatomaren Kleinstaat. Der *nur* konventionelle Krieg könne im Prinzip also gar nicht mehr stattfinden, sofern wenigstens eine Partei über Atomwaffen verfüge. Diese Gründe zwingen den Kleinstaat, der seine Verteidigung in eigener Hand behalten will, Atomwaffen mit großer Reichweite zu beschaffen, die im Sinne der Vergeltung angewendet werden können.

Außenpolitische Spekulationen

Es würde zu weit führen, allen politischen Spekulationen zu folgen, die in vielen Punkten interessant, in manchen Bereichen bereits überholt, in einigen Sektoren aber auch unhaltbar sind. Zum Beispiel (Seite 95):

«Wir glauben indessen nicht, daß diese Visionen die ganze Wahrheit enthalten. Man kann nicht alle Staaten über den gleichen Leisten schlagen. Es ist doch wohl kaum richtig, anzunehmen, daß lediglich die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, insbesondere letztere, über das Verantwortungsbewußtsein verfügen, das der Besitz von Nuklearwaffen erfordert. Sollten Kleinstaaten, wie zum Beispiel Schweden und die Schweiz, die seit Jahrhunderten eine bewaffnete Neutralität aufrechterhalten und damit ohne Zweifel dem Frieden dienen, nun plötzlich aggressiv und verantwortungslos zu handeln beginnen, ausgerechnet in einem Moment, da ihnen mit den Atomwaffen ein Kampfmittel zur Verfügung steht, dessen Gebrauch für sie selbst und andere

die verheerendsten Folgen haben könnte? Hier gilt es, Unterscheidungen zu machen: Atomwaffen in den Händen von verantwortungsbewußten Kleinstaaten können im Gegenteil eine befriedende Wirkung ausüben: Sie verlagern die Pax atomica von der höchsten strategischen Ebene hinunter in den Bereich der bisher ausschließlich konventionellen Waffen, indem sie die Gefahr einer raschen Eskalation bei einem eventuellen Angriff rapid hinaufsetzen und ein Element der Unsicherheit schaffen, das Kriegslüsterern eine Warnung sein wird. Dieses Element der Unsicherheit wird nicht zuletzt die kleinstaatliche Abschreckungsmöglichkeit um ein Vielfaches steigern.»

Eine politische Differenzierung zwischen «verantwortungslosen» und «verantwortungsbewußten» Staaten bleibt dem subjektiven Urteil vorbehalten. Eine politisch *relevante* Unterscheidung gibt es nicht, weil *keine* Instanz verbindlich darüber zu entscheiden vermag, welcher Staat nun als «verantwortungsbewußt» oder als «verantwortungslos» anzusprechen ist. Die internationalen Gepflogenheiten sind denn doch von etwas anderer Substanz. Gerade ein neutraler Kleinstaat könnte seine Atombewaffnung am *allerwenigsten* mit dem Hinweis auf sein Verantwortungsbewußtsein begründen, also mit der Differenzierung, wie sie die besprochenen Thesen vorsehen. Dieses Beispiel für eine objektiv unhaltbare außenpolitische These möge genügen.

Unhaltbare Minderwertigkeitskomplexe

Wenden wir uns dem spezifischen Problem des Kleinstaates zu, so finden wir Argumente, die leider fehlerhaft sind und den Wert des Buches mindern. Wieso, so fragt man sich unwillkürlich, werden sachliche Anliegen mit geradezu *leichtfertiger Polemik* gemischt? Wieso wird das Bild der Schweiz stellenweise unnötig und unvernünftig *verzerrt*? Wieso wird der Bericht des Bundesrates aus dem Jahre 1966 über die Landesverteidigung mit *persönlichen Angriffen* disqualifiziert? Dem Verfasser mag man zugute halten, daß er durch bewußte Schwarzweißmalerei sein Anliegen um so dringender in den Vordergrund schieben wollte. Die Grenzen einer allenfalls akzeptierbaren Kontrastierung werden jedoch *überschritten*. Da sich das Buch zudem naturgemäß an Persönlichkeiten wenden will, die in einigen Bereichen über mehr Fachwissen verfügen müssen als der Verfasser, bleiben die polemischen Seitenhiebe unverständlich. Schon auf der ersten Seite des ersten Kapitels «Unbewältigte Gegenwart – unerhellte Zukunft» wird uns eine Schweiz vorgestellt, wie wir sie sonst eigentlich nur im «Asphaltjournalismus» erkennen:

«Während es in den Staaten des Westens und vor allem in den Vereinigten Staaten nicht nur gelingt, die Bedürfnisse der modernen Massengesellschaft zu befriedigen, sondern parallel dazu den technischen Fortschritt voranzutreiben, scheinen die Kleinstaaten von der Entwicklung überfahren zu werden: Die Straßen können den Verkehr kaum mehr aufnehmen, während der Bau von adäquaten Verkehrswegen nur schleppend vor sich geht; die Industrie steht im härtesten Konkurrenzkampf und hat ihre Führungsposition auf vielen Gebieten verloren. Es gibt kaum einen Bereich, in dem das Ausland nicht moderner, fortschrittlicher und billiger produziert. Noch schlimmer steht es mit der Forschung. Die Hochschulen verfügen über zu wenig Institute für fortgeschrittene Studien. Die modernsten Wissenschaften fehlen in den Lehrplänen. Wer sich in ihnen gründlich weiterbilden will, ist gezwungen, ins Ausland zu gehen.»

Wir begegnen hier einem *Trauma*, dem zu allen Zeiten immer wieder ehrenwerte Mitbürger des Kleinstaates erlegen sind. In Wahrheit ist es doch so: Die Sorgen über den wissenschaftlichen und technischen Nachwuchs kennen auch die Großmächte. In

Amerika und in der Sowjetunion sind trotz allem, gemessen an den politischen und nationalen Zielsetzungen, die Möglichkeiten begrenzt. Der Kleinstaat hat in diesem Bereich keine *besonderen*, ihm eigenen Unterlassungssünden begangen. Allerdings: Auch er muß sich anstrengen. Leider ist es zur Mode geworden, *das Selbstvertrauen des Kleinstaatbürgers ungehörig zu untergraben*. Wieso exportiert unsere Industrie noch und noch in *steigender Tendenz* – auch nach Amerika und in die Sowjetunion –, wenn es doch noch kaum mehr Bereiche gibt, in denen das Ausland moderner, fortschrittlicher und billiger produziert? Wohl müssen wir auch in diesem Bereich immer wieder leistungswillig und leistungsfähig bleiben. Wir teilen jedoch Leiden und Freuden mit jeder anderen hochindustrialisierten, demokratischen Nation, teilweise auch Leiden und Freuden der kommunistisch beherrschten Staaten, ganz einfach deshalb, weil sich im industriellen Prozeß gleichartige Problemstellungen und Anforderungen ergeben. Hier existiert *kein Sonderfall* Schweiz, es existiert im Prinzip auch kein Sonderproblem des Kleinstaates. Wer spricht davon, daß wir in der Schweiz ein um vieles besser ausgebautes Nebenstraßennetz haben als selbst die Vereinigten Staaten? Daß die Schweiz nicht in allen Sektoren der wissenschaftlichen und technischen Entwicklung führend oder auch nur in allen Spitzengruppen mit dabei sein kann, ist eine Binsenwahrheit, hat aber mit einem existentiellen Versagen des Kleinstaates überhaupt nichts zu tun. Auf Seite 212 finden wir eine Verzerrung, deren Tendenz nicht unwidersprochen bleiben darf:

«So kann es sich nicht darum handeln, ausgerechnet in dem Zeitpunkt, da die sogenannten Entwicklungsländer alle Anstrengungen unternehmen, mit der allgemeinen Zivilisation auf dieselbe Stufe zu kommen, ein höchstens noch für Historiker und Touristen interessanter anachronistischer Sonderfall im Herzen Europas zu werden. So absurd diese Vision sich vielleicht manchem präsentiert – wir sind in manchen Bereichen nahe daran, sie zu verwirklichen.»

Tatsache ist folgendes: Auch im Jahre 1967 arbeiten noch einige hunderttausend Gastarbeiter aus sogenannten Entwicklungsländern in der Schweiz. Unser Leistungswille, unsere schöpferische Gedankenarbeit sind Voraussetzung dafür, daß wir uns unter diesem Gesichtspunkt zu einer «überentwickelten» Nation formiert haben. Wahrheit ist, daß wir einige hunderttausend Gastarbeiter ernähren können, während die Summe der Bevölkerung in den Entwicklungsländern heute noch den Hunger nicht zu stillen vermag und unsichere Aussichten bestehen, daß der Bevölkerungsnachwuchs überhaupt einmal ernährt werden kann. Das Beispiel Indien möge dafür genügen.

Militärpolitische Polemik

Wenden wir uns nun einigen spezifischen militärpolitischen Thesen zu. Der Armeeführung, die sich einstimmig hinter den Bericht des Bundesrates stellt, wird eine wenig schmeichelhafte Qualifikation verabreicht (Seite 137):

«Eine weitere sehr wichtige Voraussetzung der Selbstbehauptung bleibt der konstante, nach außen zur Schau getragene Wille zur erfolgreichen Verteidigung. Eine Armee, deren Führung zum vornherein am Ausgang eines Waffengangs zweifelt und die überdies noch öffentlich bekanntgibt, lediglich um Zeitgewinn und gleichsam um der staatspolitischen Sauberkeit willen kämpfen zu wollen, wird sich nie erfolgreich oder auch nur hartnäckig schlagen. Der vielgerühmte Realismus droht in Defaitismus zu enden, wenn sowohl im operativen wie im taktischen Bereich statt dem, was wir zu leisten vermögen, allenthalben unsere Schwächen herausgestrichen werden.»

Es bleibt unerfindlich, wieso ein Bericht des Bundesrates, in dem das Bemühen zum Ausdruck kommt, den Bürger mit *Realitäten* zu konfrontieren, in dieser Weise apostrophiert wird. Dieser Bericht hatte sich nicht mit der Landesverteidigung 1990 zu befassen, sondern mit den Jahren 1966 vielleicht bis 1972. Das Unverständnis dem Bericht gegenüber kommt an anderer Stelle klar zum Ausdruck, wo immerhin zur Abwechslung der Realismus unserer Armeeführung Anerkennung findet. Auf Seite 36:

«Der Realismus, der aus dieser letzten Zielsetzung unserer Armee spricht, verdient Anerkennung. Man wollte offensichtlich nicht mehr versprechen, als man sich zu halten getraut. Aber wie schon bei der Diskussion der Kampfkonzeption kann den Verfassern der Vorwurf nicht erspart werden, daß sie eine augenblickliche Notlage zum Dauerzustand erheben, ohne auch nur die Frage aufzuwerfen, wie sie allenfalls geändert werden könnte. Wieder einmal hat man hinten begonnen und die Zielsetzung von den augenblicklichen Möglichkeiten abgeleitet, statt umgekehrt vorzugehen und mindestens für die Planung auf weite Sicht zunächst einmal festzulegen, was erhalten und geschützt werden soll.»

Mit der rhetorischen Frage: «Mit welchem Recht fordert man ein Volk auf, rund 30% seiner kollektiven Ausgaben für eine Versicherungspolice zu verwenden, die kaum einen der möglichen Schadenfälle noch deckt?», begibt sich der Verfasser in ein gefährliches Fahrwasser, denn genau hier, an dieser Stelle leistet er einem *echten Defaitismus* Vorschub. Wer ein Buch über moderne Strategie schreibt und darin zu erkennen gibt, daß er im Grunde genommen durchaus versteht, wie zahlreich die Aufgaben, die uns die Selbstbehauptung auferlegt, in Wirklichkeit sind, sollte eigentlich einen Angriff auf unsere Generäle unterlassen, nur weil sie das *Partielle der militärischen Landesverteidigung einsehen* und dementsprechend auch finanzielle Aspekte berücksichtigen. Hat man denn vollständig vergessen, was unserer Landesverteidigung erspart geblieben wäre, wenn man schon vor Jahren mit den effektiven politischen Prozessen gerechnet hätte? Allem Anschein nach nicht, denn wir lesen auf Seite 131:

«Diese Methode, so naheliegend und populär sie ist, gehört mit aller Schärfe an den Pranger gestellt. Daß Politiker, denen der Staatshaushalt ein vordergründiges Anliegen sein muß, zu dieser Denkrichtung neigen, ist verständlich. Daß aber die propagandistisch am stärksten herausgestellte Leistung des Militärdepartements während der letzten Monate die Ausarbeitung eines Finanzplanes mit selbst festgelegtem Finanzplafond ist, während vordergründige militärische Bedürfnisse aus politischer Rücksicht unerwähnt blieben, muß zu denken geben. Die Höhe der Militärausgaben wird zwar immer eine Ermessensfrage darstellen, als einzigen Maßstab hingegen die Kosten anzusehen wird nicht zur Erhöhung der Sicherheit führen. Jedenfalls dürfen diese nicht der primäre Gesichtspunkt für die Spitzen der Armee sein. So gern Rationalisierungs- und Sparmaßnahmen innerhalb der Militärverwaltung und der Armee gesehen werden, so sehr muß die neue Denkrichtung, die sich sogar bei Militärs bemerkbar macht, befremden, wonach nun die Zeit der Beschränkung auf das Wesentliche gekommen sei und man gegenüber den immer weitergehenden Forderungen nach Verstärkung der materiellen Kriegsbereitschaft den Mut aufbringen müsse, nein zu sagen.»

Sich auf das *Wesentliche beschränken wollen* heißt ja auf keinen Fall, sich auf eine Linie der Minimalisten zurückzuziehen. Vielmehr, wenn solches die moderne Generalität ausspricht, muß die Beschränkung etwa so formuliert werden: *Die Forderungen für die militärische Landesverteidigung werden unter Berücksichtigung der optimalen Leistungsfähigkeit von Regierung, Parlament und Volk kalkuliert*. Sogar für die Lenker der Sowjetunion trifft es zu, daß sie

die volkswirtschaftlichen Aufwendungen für die Streitkräfte in Konkurrenz zu anderen Bereichen der nationalen Selbstbehauptung sehen *müssen*. Zudem: Eine Armeeführung, die zu erkennen gibt, daß sie gewillt ist, in erweiterten politischen Zusammenhängen zu denken, wird für die militärische Landesverteidigung bei Regierung, Parlament und Volk mehr Anklang finden, mithin für die Armee mehr herauswirtschaften als eine Generalität, deren Pläne zum vornherein als *Utopien* angesprochen werden. Diese Binsenwahrheiten dürfen doch einfach nicht vergessen werden.

Die These der Vergeltung

Wenden wir uns nun dem eigentlich sachlichen Anliegen zu: der These der Vergeltung. Der Autor fordert uns auf, ihm auf dem Weg in neue Denkmöglichkeit zu folgen, dorthin, wo wir uns vom Krieg als Vollzug in der Vorstellung überhaupt zu lösen vermöchten, weil er vielleicht – oder noch nicht ganz – (hier widerspricht sich der Verfasser an verschiedenen Stellen) auch in der Verteidigung sinnlos geworden ist. «Si vis pacem, para bellum.» Auf nuklearer Ebene soll uns die atomare Fernwaffe der Wahrscheinlichkeit des Krieges entrücken, der, sollte er dennoch gegen uns ausbrechen, mit nuklearer Bewaffnung vorstellbar bleibt, *ohne* jedoch nicht! Sollte unser Land, zum atomaren Gegenschlag nicht befähigt, angegriffen werden, so gelten folgende Argumente (Seite 75):

«Dehnt sich der Atomwaffeneinsatz auf zivile Ziele aus, so gestaltet sich das Bild noch negativer. Hier braucht es kein Raumschießen mit Nuklearwaffen; die Vernichtung einiger Zentren, verbunden mit starkem propagandistischem Druck und der Drohung, mit der Vernichtung stufenweise fortzufahren, dürfte genügen, die verteidigungswilligen Kräfte in die Minderheit zu versetzen und eine Kapitulation herbeizuführen. Die Armee wird zum Aushalten selbst in aussichtslosen Lagen erzogen, und wir trauen ihr ohne weiteres zu, daß ihre Verbissenheit und ihr Kampfwille unter den Schlägen des Feindes noch wachsen. Kann aber dasselbe von der Zivilbevölkerung angenommen werden? Völker sind zu höchsten Anstrengungen und zu kaum vorstellbaren Leiden fähig, wenn ihnen Schlimmeres droht oder wenn auch nur eine Hoffnung auf Erfolg besteht. Aber nur Fanatiker glauben, daß ganze Nationen sich wehrlos hinhinrichten lassen, und sei es auch um der Freiheit willen. Bereits die Existenz von Atombomben, verbunden mit einer gezielten Schreckpropaganda, hat genügt, in verschiedenen Ländern Massenbewegungen ins Leben zu rufen, die von ihren Regierungen die Kapitulation fordern, bevor der erste Schuß gefallen ist ...»

Als ob das Vernichtungspotential, das wir kassieren müßten, weniger wirksam wäre, allein weil wir Atomraketen aus der Abwehr heraus, also nach dem ersten Angriff gegen uns, auf Zentren des Gegners abschießen könnten! So lautet jedoch für die Zivilbevölkerung und für die Armee die These für den Fall, daß wir im zweiten Gang zurückschlagen können, auf Seite 216:

«Alle diese, aber auch die zivilen Maßnahmen der Schutzbauten und technischen Dienste usw. dürfen hingegen nicht mit dem Ziel betrieben werden, aus dem Chaos eines Krieges mit Massenvernichtungsmitteln unverzüglich wieder eine in allen ihren Teilen funktionierende Lebensordnung herzustellen. Dies zu erreichen würde Kräfte beanspruchen, die weit über diejenigen eines Kleinstaates hinausgehen. Hingegen muß diese Organisation durch reale Vorkehrungen, die so einfach sind, daß sie Erfolg versprechen und damit Vertrauen schaffen, sicherstellen, daß die Schweiz im schlimmsten Falle auch harte Schläge kassieren kann, ohne gleich zusammenzubrechen. Die Maßnahmen für das Überleben wenigstens von Teilen der Bevölkerung – die Ver-

folgung eines unserer Verteidigungsziele also – werden somit zu einer wichtigen Komponente der Abschreckung. Die Glaubwürdigkeit eines nachhaltigen Widerstandes wird durch sie entscheidend erhöht, und damit auch der Eintrittspreis, der für den Entschluß eines potentiellen Aggressors, die Schweiz anzugreifen, eine wesentliche Rolle spielt.»

Ohne Atomwaffen² überlassen wir also das Feld den Fanatikern; mit Atomwaffen, obwohl der Schrecken für unsere Zivilbevölkerung an Bedeutung nichts eingebüßt hat, werden die Schutzmaßnahmen zugunsten dieser Bevölkerung realistisch und die Aufforderung zur Fortsetzung des Kampfes sinnvoll.

Ideologie

Hier stellt sich letztlich die Frage, ob die Thesen des Buches «Strategie des Kleinstaates» Anspruch erheben dürfen, von einem sachlich-wissenschaftlichen Gesichtspunkt aus vorgetragen zu sein, oder ob es sich nicht vielmehr um eine Ideologie handelt. Eine Ideologie erkennt man ja daran, daß sie im dialektischen Verfahren die gleichen Argumente zu eigenen Gunsten und zur Widerlegung allfälliger Gegenthesen benützt. An verschiedenen Stellen des Buches begegnen wir zudem den Begriffen «Resignation» und «Defaitisten», gegen Andersgesinnte vorgetragen, was wiederum eine Vermutung im psychologischen Bereich weckt, nämlich: Sind die Thesen in Wirklichkeit nicht zum großen Teil eine unbewußte Projektion, mit der die subjektive Ausweglosigkeit getarnt wird? Wieso wäre es für den Bundesrat oder die Armeeführung auch nur um etwas leichter, einem Ultimatum zu widerstehen, mit der Möglichkeit, einen ersten Schlag gegen uns mit einem Gegenschlag zu beantworten? Zu dieser Frage allerdings finden wir in diesem Buche keine adäquate Stellungnahme.

Was unterscheidet in Wahrheit das makabre Vergnügen, Raketen aus Silos am Gotthard nach London, New York, Paris, Moskau oder Leningrad zu schicken – *nach dem Schlag gegen uns* –, von dem Fanatismus, wie der Verfasser schreibt, der die ganze Nation wehrlos im Falle der Unmöglichkeit eines Gegenschlages hinhorden lassen will?

Es muß darüber hinaus auffallen, daß die außenpolitischen Thesen des Verfassers in sachlicher Hinsicht vor einer Spekulation haltmachen, die aber notwendigerweise mit ins Bild gehört, zumal ja der Verfasser selbst von einem Unsicherheitsfaktor in der großen Politik spricht, dargestellt durch die Bewaffnung des Kleinstaates mit Fernatomwaffen. Vergegenwärtigen wir uns noch einmal mit aller Deutlichkeit, was die Thesen des Verfassers wollen (Seite 208):

«Wir haben zum Gleichgewicht auf dieser obersten strategischen Ebene nichts beizutragen. Aber was wir tun können und tun müssen, ist, unsern Beitrag zur Kriegsverhinderung über die herkömmliche Abwehrkraft gegenüber einem direkten Angriff hinaus zu steigern. Indem wir ein ausgewogenes Abschreckungspotential beschaffen, welches einem Angreifer untragbaren Schaden zufügen könnte, verstärken wir die Stabilität in jenem Bereich, der heute für Auseinandersetzungen noch Spielraum bietet.»

Auch nach Ansicht des Verfassers besteht durchaus die Möglichkeit, daß in einem Krieg zwischen Amerika und der Sowjetunion beide Staaten nach dem Schlagabtausch weitgehend vernichtet, beziehungsweise paralysiert sind. Hier kann man dem Verfasser ohne weiteres folgen. Man darf sogar unterstellen, auch der Verfasser bekenne sich zu der Ansicht, daß die Industrien dieser beiden Länder nach einem Schlagabtausch nicht mehr in der Lage wären, Nachschub an atomarer Feuerkraft zu liefern.

²Wird in diesem Zusammenhang hier von «Atomwaffen» geschrieben, so ist immer die Rede von Fernatomwaffen, nicht aber von Atomwaffen für das Gefechtsfeld.

Die Schweiz, Frankreich und Schweden und andere, im Besitze der Atomwaffen, verwandelten sich in diesem Moment zu Großmächten, da sie, immer nach den Thesen des Buches, anderen einen unannehmbaren Schaden zufügen könnten. Hier muß, zugegeben, auch mit einer Spekulation geantwortet werden. Die Vermutung, die Schweiz, wie übrigens alle anderen Staaten, die über Fernwaffen verfügten, müßten automatisch in das Schießprogramm des ersten Schlages einer Großmacht aufgenommen werden, besteht zu Recht. Die Respektierung der Neutralität müßte vielleicht dort aufhören, wo die Vermutung anzustellen wäre, die neutrale Schweiz könnte plötzlich über Mittel verfügen, die wenigstens die Voraussetzungen einer Schiedsrichterrolle erfüllten. Wer auch immer den Entschluß fassen wird – ob in Moskau oder in Washington oder anderswo –, den großen Atomkrieg auszulösen, wird wissentlich Abgründe öffnen, in denen alle rationalen politischen Erwägungen verschüttet liegen. Die Wahrscheinlichkeit, im Einsatzbefehl zur Vernichtung Zentren potentieller Gegenschlüge, aus denen dem eigenen Land schwerste Schäden zugefügt werden könnten, die Schweiz als ein solches mögliches Zentrum auszusparen, ist klein. Solches muß man mit den Augen der andern betrachten. Was wir in diesem Zusammenhang über die Wirkung unserer Neutralität selber denken, ist völlig nebensächlich. Diese wenigen Hinweise mögen genügen, den Fehlstart einer gewollten Diskussion zu belegen.

Unhaltbare Pferdefüße

Eine letzte Pflicht drängt sich allerdings auf. Wir lesen auf Seite 155:

«Obschon in militärischen Schulen und Kursen heutzutage bis weit hinauf mit Seelenruhe die relative Unwirksamkeit der Atomwaffen doziert wird und man dem verwunderten Schüler an Hand von Diagrammen und Wirkungskreisen beweist, daß die eigene Abwehr zwar beeinträchtigt, aber bei weitem nicht endgültig erschüttert wird, müssen wir an der Überzeugung festhalten ...»

Die Schüler der Zentralschulen 2 und 3, also die angehenden Bataillons- und Regimentskommandanten, bemerken von der anvisierten «Seelenruhe» und von der relativen Unwirksamkeit in Sachen Atomwaffen nichts. Die «verwunderten» Schüler sind beeindruckt von dem schonungslosen Realismus, von der tendenzlosen Instruktion, vom Mut zur Sachlichkeit. Die Ausbilder unserer Armee sind nicht von einer derartigen Ahnungslosigkeit und unterrichten zudem in verantwortungsbewußter Gesinnung. Fehler können überall vorkommen; gegen sie mit Verallgemeinerungen polemisieren hilft nichts und niemandem. Ist es nicht symptomatisch, daß der Verfasser auf der zweitletzten Seite seines Buches folgenden Satz prägt:

«Neben der äußeren Front wird aber auch eine innere entstehen. Reaktionäre Kräfte aller Schattierungen werden sich vereinen, um dem neuen Denken entgegenzuwirken und die Folgerungen daraus zu verhindern.»

Wer in unserem Lande eine staatsbürgerliche Diskussion über neue Aspekte lancieren will, sollte auf keinen Fall allfällige Kritiker prophylaktisch mit einem Begriff apostrophieren, der eindeutig aus der ideologischen Rumpelkammer hervorgeholt werden mußte.

«Wenn Truppen stark angeschlagen sind, und besonders wenn junge Truppen während ihrer Feuertaufe schwere Verluste erlitten haben, dann ist Sprechen der leichteste und wirkungsvollste Schritt zur Wiederherstellung der Kampfmoral.»
S. L. A. Marshall
